70. Jahrgang. № 334

Abend-Ausgabe

Montag, 19. Juli 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Herriot bildet ein Kabinett der Linken.

Die Regierungsbildung erschwert durch die Verantwortungsscheu der Caillaux-Stürzer.

Sozialistisches Mißtrauensvotum für Poncour. — Der Landbund für die Arbeitsgemeinschaft der Rechten. — Forderungen der Landarbeiter.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen

(Durch Funkspruch.)

Paris, 19. Juli. Havas zufolge bestätigt es sich, daß im Laufe des Abends Herriot ein Kabinett auf der Grundlage der Vereinigung der Linken gebildet haben wird. Nach den umlaufenden Gerüchten ist etwa mit folgender Verteilung der Portefeuilles zu rechnen: Herriot: Ministerpräsidium und Außenministerium; de Monzie: Finanzminister; René Renoult: Justizminister; Chautemps: Inneres; Daladier: Unterrichtsministerium oder Finanzministerium; Dumesnil: Marine und vielleicht Queuille: Ackerbau. Außerdem sollen in das Kabinett eintreten: Painlevé, der das Kriegsministerium oder das Unterrichtsministerium übernehmen wird, André Hesse als Kolonialminister, Loucheur als Handelsminister und Le Troquer als Minister für öffentliche Arbeiten. Herriot soll außerdem beabsichtigen, Jourdain als Pensionsminister beizubehalten. Es wird behauptet, daß der Senator Henry Chéron als Budgetminister in Aussicht genommen worden sei. (W. T. B.)

Pessimistische Auffassung in Paris.

Paris, 19. Juli. Die Aussichten für die Regierungsbildung durch Herriot werden recht ungünstig beurteilt. Herriot hat gestern abend erklärt, er werde heute morgen noch ein bis zwei Persönlichkeiten, darunter Poincaré, sprechen, bevor er sich mit der eigentlichen Bildung werde beschäftigen können. Um 2 Uhr nachmittags werde er den Präsidenten der Republik über den Stand der Verhandlungen unterrichten. **Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß Herriot zunächst versuchen werde, ein Kabinett unter Einbeziehung weiterer Rechtsgruppen auf der Basis einer Einigung über die Kapitalabgabe oder doch einer Art der Kapitalabgabe zu bilden. Zunächst dürfte sich Herriots Mission dahin richten, wie sich Poincaré zu der etwaigen Mitarbeit stellen wird.**

In einer Reihe von Rechtsblättern wird vor allem gegen die Betrauung Herriots mit der Regierungsbildung und gegen die Uebernahme der Ministerpräsidentschaft durch ihn protestiert. Das „Echo de Paris" weist darauf hin, daß Herriot als Parteiführer nicht in Frage komme. **Es sei möglich, daß Herriot die Bildung seiner Regierung glücke, aber**

er werde kein Vertrauen genießen.

Frankreich brauche aber gerade jetzt eine Regierung, die allgemeines Vertrauen finde. Das genieße nur eine Regierung der nationalen Einigung, an deren Spitze nicht Herriot steht. „Avenir" ist der Ansicht, Herriot sei heute bei seiner Regierungsbildung ebenso behindert wie vor drei Wochen. Die Presse der gemäßigten Rechten glaubt, daß Herriot schon nach den ersten Versuchen darauf verzichtet habe, eine Regierung der nationalen Einigung zu bilden und daß er sich darauf beschränken werde, ein Kabinett der radikalen Union, also der Union der bürgerlichen Linken, zustandezubringen, das die Unterstützung der Sozialisten finde. Hierbei werde vermutlich **Poincaré als Finanzminister** in Frage kommen. Auch der größte Teil der Linkspresse erkennt an, daß die Mission Herriots sehr schwierig sei. Die „Ere Nouvelle" schreibt, es gäbe keine Majorität ohne Herriot, aber Herriot habe selbst nicht die Majorität. Der „Quotidien" sagt, dem Lande könne nur eine ausgesprochene demokratische Politik helfen. **Der in Paris erscheinende „New York Herald" ist der Ansicht, daß eine neue Inflation unvermeidlich sei, gleichgültig, ob eine Regierung gebildet werde oder nicht.**

Die Sozialisten gegen Beteiligung an der Regierung.

Paris, 19. Juli. Der Vorstand und die Parlamentsfraktion der Sozialistischen Partei haben nach mehrstündiger Beratung die ihnen von Herriot angebotene Teilnahme an der Regierung in einer Entschließung abgelehnt, in der erklärt wird, daß die Partei entsprechend dem Beschluß ihres letzten Parteitages an keiner von einer anderen politischen Partei gebildeten Regierung teilnehmen könne. Weiter wurde in einer Entschließung, die sich mit der möglichen Unterstützung der Regierung beschäftigt, die Unterstützungspolitik nur soweit in Aussicht gestellt, als die Regierung die in den Programmen der Kongresse von Grenoble und Clermont-Ferrand aufgestellten Mindestforderungen erfüllt. Das bedeutet soviel, daß **die Sozialisten die Wiederaufnahme der Unterstützungspolitik davon abhängig machen, daß die neue Regierung die Kapitalabgabe in ihr Programm aufnimmt.** Diese Vorlage wurde aber bekanntlich in der Kammersitzung vom 10. Juli mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Aussichten Herriots für die Neubildung des Kabinetts haben infolge der Haltung der sozialistischen Gruppe beträchtlich abgenommen. Die Lage wird als äußerst schwierig bezeichnet.

Auch die Verbindung mit Marin gescheitert.

Paris, 19. Juli. Der Kammerpräsident hat gestern nachmittag ununterbrochen mit politischen Persönlichkeiten zur Lösung der Kabinettskrise verhandelt. Nach den letzten Eindrücken zu schließen, stößt Herriot auf große Schwierigkeiten. Am Abend hatte er eine bedeutsame Unterredung mit dem Führer der Demokratischen Union, Marin. Dieser gab bei Ausgang der Unterhaltung die unerwartete und sensationelle Erklärung ab, daß nach seiner Ansicht die Wiederaufrichtung des Franken unter einem Kabinett Herriot keine Fortschritte machen werde.

Diese Erklärung Marins läßt den sicheren Schluß zu, daß eine Verständigung zwischen seiner Gruppe und den Radikalsozialisten zur gemeinsamen Lösung der Krise, wie sie am Nachmittag noch allgemein vorausgesagt wurde, gescheitert ist.

Die parlamentarische Situation wird dadurch äußerst kompliziert. Ein Kabinett der nationalen Einigung, von dem immer wieder die Rede ist, erscheint ausgeschlossen, ebenso ein nur nach rechts erweitertes Konzentrationskabinett, dem die Sozialisten nicht konsequent ihre Unterstützung zuteil werden ließen. Eine ausreichende Mehrheit wird Herriot nur dann aufbringen, wenn ihm die Neubildung des Kartells gelingt. Aber auch diese Möglichkeit erscheint nach dem Beschluß der Sozialisten gering.

Die Auswirkung an der Börse.

Starke Abschwächung der Frankenvaluten.

Berlin, 19. Juli. Im Zusammenhang mit dem Sturz des französischen Kabinetts wurden heute vormittag in London bis zu 282 französische Franken für ein Pfund Sterling gezahlt, gegen 198,75 am Sonnabend. Auch der belgische Franken war wesentlich schwächer und stellte sich auf 217,50 gegen 200 am Sonnabend.

In Berlin nannte man im Freiverkehr von Bureau zu Bureau zunächst einen Kurs von London gegen Paris mit 230, dann 222, und später pendelten die Kurse, die genannt wurden, zwischen 224 und 235. Diese Kurse bedeuten eine Verschlechterung des französischen Franken um etwa 15 Prozent des Wertes.

Poncour darf Frankreich nicht mehr in Genf vertreten.

Ein Beschluß des sozialistischen Parteivorstandes.

Paris, 19. Juli. Der erweiterte Vorstand der sozialistischen Partei hat sich mit der Uebernahme der Vertretung Frankreichs beim Völkerbund durch Paul Boncour befaßt. Ein Antrag Leon Blums, der verlangt, daß die Uebernahme einer Vertretung im Völkerbund durch Sozialisten von der Exekutive der Internationale geregelt werden solle, erhielt 21 Stimmen. Ein Abänderungsantrag Bracke, welcher fordert, daß **ein Sozialist die Vertretung jeder bürgerlichen Regierung ablehnen müsse, wurde mit großer Mehrheit angenommen.**

Sofort nach Bekanntgabe dieses Beschlusses hat der französische Sozialist Renaudel, der sich mit Paul Boncour solidarisch erklärte, seine Demission als Delegierter der französischen sozialistischen Partei beim Internationalen Exekutivkomitee erklärt.

Die J. M. K. K. und der Reichswehrerlaß.

Berlin, 19. Juli. Die Noten des Generals Walch befassen sich nicht, wie bisher angenommen wurde, auch mit dem Reichswehrerlaß und der Frage der Verbände. Die Frage des Reichswehrerlaßes ist von der Interalliierten Militärkontrollkommission überhaupt nicht zum Gegenstand einer Vorstellung gemacht worden. Die Frage des Zusammenhanges zwischen Verbänden und Reichswehr kann als erledigt gelten, nachdem erst kürzlich die Aufnahme von Leuten, die nicht auf gesetzmäßigem Wege eingestellt sind, in die Kasernen, Ausbildungsplätze und in die Truppenteile diesen durch eine besondere Verfügung des Reichswehrministers auf das strengste untersagt wurde.

Ferien in der Reichskanzlei.

Berlin, 19. Juli. Die Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Marx mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, v. Siemens, über die Voraussetzungen für die Genehmigung der Wahl Dr. Dorpmüllers zum Generaldirektor der Reichsbahn haben heute stattgefunden. Darauf folgte eine Sitzung des Reichskabinetts. Wie es heißt, wird der Reichskanzler noch am Donnerstag seinen mehrwöchigen Erholungsurlaub antreten. Die Frage der Bestätigung des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft dürfte noch vorher erledigt werden. Die sonstigen schwebenden Personalfragen dürften auf jeden Fall bis nach dem Urlaub des Reichskanzlers vertagt werden. Es gilt das besonders von den beiden Posten des Staatssekretärs der Reichskanzlei und des Pressechefs der Reichsregierung.

Der „Hansestadt Danzig" erste Fahrt.

Am Sonntagmittag ist das Motorschiff „Hansestadt Danzig" nach glücklicher Fahrt, von Swinemünde über Zoppot kommend, im Hafen von Pillau eingelaufen. Als das Schiff die Reede von Danzig erreicht hatte, fand eine festliche Kundgebung statt, bei der vom Senatspräsidenten Dr. Sahm und Ministerialdirektor Dr. Gleichmann, der im Namen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung sprach, in längeren Reden die Bedeutung der neueröffneten Seeverbindung zwischen Stettin und Königsberg über Danzig als Ausdruck des tatkräftigen Willens des deutschen Volkes, Ostpreußen und Danzig einen freien Weg zum Reiche zu schaffen und dauernd zu erhalten, gewürdigt wurde. In den gleichen Gedankengängen bewegten sich die Reden, die während des Aufenthaltes des Schiffes im Zoppoter Hafen von Oberbürgermeister Dr. Laue und nach seiner Ankunft in Pillau von Vizepräsident Dr. Herbst gehalten wurden. Reichsverkehrsminister Dr. Krohne hatte durch Funkspruch einen Glückwunsch übermittelt, der noch während der Fahrt von der Schiffsleitung beantwortet wurde.

•

Mit der ersten Fahrt des neuen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung je zur Hälfte gehörigen Motorschnellschiffes „Hansestadt Danzig" ist der neue Personenschiffsverkehr Swinemünde — Danzig — Ostpreußen eröffnet worden, der nach langer Unterbrechung die Seeverbindung zwischen dem Reiche und der Freien Stadt Danzig wieder herstellt. Das neue Schiff faßt etwa 1000 Personen. Es besitzt 60 Kabinen mit 120 Bettplätzen und ist auf das modernste eingerichtet. Der Speisesaal faßt über 100 Personen. Rauchsalons, Promenadendecks mit Liegestühlen und bequeme Aufenthaltsräume sind vorhanden. Das Schiff besitzt zwei Dieselmotoren mit zusammen etwa 250 P.S. und hat eine Fahrgeschwindigkeit von 15 Seemeilen in der Stunde. Das neue Schiff verließ am Sonnabend abend 7,30 Uhr pünktlich, dicht besetzt mit Passagieren sowie einer Anzahl geladener Ehrengäste in voller Flaggengala Swinemünde, von der Bevölkerung sowie den Badegästen mit begeisterten Zurufen und Glückwünschen begleitet. Im Augenblick der Abfahrt von Swinemünde brachte die Besatzung des dort liegenden deutschen Marineschulschiffes „Großherzogin Elisabeth" ein dreifaches Hurra auf eine gute Fahrt aus.

Zahlreiche Segelboote, Ruderboote und kleine Pinassen kreuzten am Sonntagmorgen bereits in der Danziger Bucht und waren dem neuen Schiff entgegengefahren. Eine gemischte Staffel der Danziger und Zoppoter Schwimmvereine schwamm dem Dampfer entgegen und begrüßte ihn mit einem kräftigen „Gut Nast! Hurra!" aus dem Wasser heraus. Auf der Stegspitze des Zoppoter Seesteges hatte sich eine tausendköpfige Menge zur festlichen Begrüßung eingefunden. Der Steg selbst prangte in Girlanden-, Blumen- und Flaggenschmuck in den Danziger, Zoppoter und deutschen Farben. Unter den Gästen befanden sich zahlreiche Vertreter des Danziger Senats, des Magistrats und der Kurverwaltung des Ostseebades Zoppot, der Danziger Niederlassung des Norddeutschen Lloyd, der Studentenschaft der Danziger Technischen Hochschule, verschiedene Männergesangvereine, sowie die Kapelle der Schutzpolizei.

Kurz nach der Abfahrt des Dampfers von Zoppot fand auf dem Hinterdeck die feierliche Uebergabe des

Gastgeschenkes der Freien Stadt Danzig

durch den Senatspräsidenten Dr. Sahm an das Schiff statt. Es ist ein Oelbild, auf dem die Mottlau und die Türme des Rathauses und der Marienkirche sichtbar sind. Senatspräsident Dr. Sahm schloß seine bei der Uebergabe gehaltene herzliche Ansprache mit den Worten, welche auch bei der Taufe des Schiffes gesprochen worden sind: **„So fahre hin, du stolzes Schiff, auf freiem Meere und verbinde Deutsche mit Deutschen!"**

Ministerialdirektor Gleichmann betonte als Vertreter des Reichsverkehrsministers Dr. Krohne in seiner Erwiderung, daß es die Bestimmung dieses Schiffes und seines Schwesterschiffes „Preußen" sei, **recht vielen Deutschen die Gelegenheit zum Besuche und zum Kennenlernen des deutschen Ostens zu verschaffen,** und den Danzigern und Ostpreußen eine so schöne Reisemöglichkeit nach dem deutschen und preußischen Mutterlande zu verschaffen. Möge sie immer so reichlich wahrgenommen werden, wie wir es heute zu unserer Freude sehen. Mögen die Schiffe in den Danziger Hoheitsgewässern immer so gern gesehene Gäste sein wie heute, wo unserem Schiff — ein unvergeßliches Erlebnis für uns — aus vollem Herzen freudig zugejubelt wurde! — Das Bild wurde darauf feierlich im Salon des Schiffes angebracht.

Bei der Ankunft in Pillau hatte sich eine festliche Menschenmenge am Anlegeplatz eingefunden. Bei der Einfahrt bildeten Dampfer und Passagiere den Gegenstand lebhafter Ovationen. Vizepräsident Dr. Herbst als Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen begrüßte das Schiff. Ihm erwiderte im Namen des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Ministerialrat Dr. Sommer. Das Hoch am Schlusse seiner Rede galt Ostpreußen und dem deutschen Vaterlande. Nach der Ankunft hatte der Norddeutsche Lloyd zu einem Frühstück an Bord eingeladen, bei dem Direktor Petzet die erschienenen Gäste begrüßte.

SLUB
Wir führen Wissen.